

Energieszene

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **3 (1981)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ENERGIESZENE

Niedergang der Atomenergie

Wie die Agentur für Nuklearenergie der OECD meldet, wurden im Jahr 1980 noch insgesamt 18 Atomkraftwerke bestellt. Acht in Frankreich, je vier von Japan und Grossbritannien und je eines von der Bundesrepublik und Spanien. Gleichzeitig wurden aber in den USA sechzehn Bestellungen annulliert. Ende 1980 waren im Bereich der OECD - dem Zusammenschluss der westlichen Industrieländer - 205 Anlagen in kommerziellem Betrieb oder gerade fertiggestellt, vier mehr als im Jahr zuvor. Die Atomstromproduktion stieg nur um 5%. Trotzdem hält die OECD an ihrem Ziel fest, diese Produktion jährlich um 15% zu steigern, wozu jedes Jahr rund zwanzig neue Kernkraftwerke notwendig wären. Nach Angaben der OECD wäre die Atomindustrie imstande, jährlich fünfzig bis sechzig Kraftwerke zu erstellen. Die Auslastung der Kapazitäten in dieser Industrie muss heute also katastrophal sein.

Seit Ende 1980 hat sich die Lage der Atomindustrie noch weiter verschlechtert: In Frankreich wurde das Atomprogramm gekürzt (wenn auch enttäuschenderweise nicht gestoppt), in Japan führten die Störfälle von Tsuruga zu einem Rückschlag und in England hat der oberste Rechnungshof die Wirtschaftlichkeit von Atomkraftwerken in Zweifel gezogen. Ueber die Lage der Atomindustrie in den USA schrieb kürzlich der Pressedienst der Schweizerischen Kohle-Importfirmen:

Das amerikanische Programm zum Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie befindet sich in finanziellen und technischen Schwierigkeiten. Daran kann auch der jüngste Versuch der Reagan-Administration, die anhaltende Stagnation durch den Abbau der noch von Präsident Carter erlassenen Vorschriften zu überwinden, nichts ändern. Die eigentliche Ursache dieser Entwicklung ist im spektakulären Unfall von Three Mile Island zu sehen, was eine Verschärfung der Sicherheitsvorschriften zur Folge hatte, Aufgrund dieser Vorschriften sind gerade in jüngster Zeit mehr als ein Dutzend amerikanischer Kernkraftwerke für dinge überholungsbedürftig und poten-

tiell gefährlich erklärt worden, weil ihre Kühlsysteme sieben bis acht Jahre früher als errechnet rostig geworden sind und der dringenden, baldigen Erneuerung bedürfen. Ein besonders krasser Fall - und keineswegs ein Einzel-

werkes Pilgrim durch einen zweiten Reaktor heute statt der im Jahre 1972 budgetierten 402 Millionen rund 4 Milliarden Dollar kosten würde. Doch sind es nicht nur technische und finanzielle Probleme welche das Kernkraft-



beispiel - ist der des neuen Atommeilers Diablo Canyon im US-Bundesstaat California. Bei der Ladung des Reaktors entdeckten Techniker der zuständigen staatlichen Ueberwachungsbehörde beträchtliche Konstruktionsfehler, deren Behebung jetzt mehrere Wochen erfordern dürfte. Mehr als in anderen Ländern bereitet den Amerikanern auch die finanzielle Seite der Kernkraft Sorgen. Das hat u.a. die angesehene Investmentgesellschaft Merryll Lynch aufgrund einer eigenen Analyse veranlasst, verschiedenen Elektrizitätsgesellschaften den Verzicht auf den Bau von 18 von insgesamt 78 geplanten Reaktoren zu empfehlen. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die enormen Kostensteigerungen, welche die Stromversorgungsgesellschaften über Gebühr belasten. Aus diesem Grund hat z.B. Northern Indiana auf den Bau des Bailly-Reaktors verzichtet, nachdem dafür statt wie ursprünglich im Jahre 1970 errechnet, nicht 187 Millionen Dollar sondern 1,8 Milliarden Dollar hätten investiert werden müssen. Denselben Rückzieher machte auch Boston Edison, da die vorgesehene Erweiterung des Kernkraft-

Ausbau-Programm der USA praktisch um Stillstand gebracht haben. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die vom US-Energieministerium errechneten Stromgestehungskosten verschiedener Produktionsarten. Dabei zeigt sich, dass der ehemals gewichtige Kostenvorteil der Kernenergie kaum mehr ins Gewicht fällt, werden die Gestehungskosten für eine Kilowattstunde Kernstrom doch mit 2,32 Cent, jene für Kohlestrom mit 2,33 Cent ausgewiesen." rs.

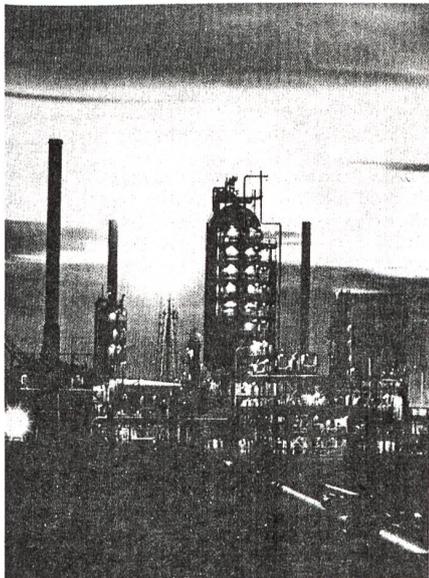
Erdöl: viel gespart

Die neuen Spartechniken und die Aufrufe zum Energiesparen zeigen langsam ihre Wirkung. Die Verbraucher haben ihre Lektion in manchen Ländern schneller gelernt, als Manager und Politiker geträumt hatten. Nachdem von 1979 auf 1980 der Erdölverbrauch in den OECD-Ländern schon um 7,2% gesunken war, hat er in der ersten Hälfte 1981 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres noch einmal um 7,9% abgenommen. In der Bundesrepublik sank der

ENERGIESZENE

Verkauf von Mineralölprodukten letztes Jahr um 11,4 und der Heizölabsatz sogar um 18 Prozent. Inzwischen beginnt in der BRD (wohl nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Rezession) sogar der Benzinverbrauch zurückzugehen: während er letztes Jahr noch zugenommen hatte, tankten die Deutschen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres fünf Prozent weniger Benzin und zwei Prozent weniger Diesel. Die Schweiz hinkt wieder einmal hinterher: Nachdem der Heizölverbrauch sich letztes Jahr stabilisiert hatte, sank er in der ersten Jahreshälfte (teilweise witterungsbedingt) um ganze 4 Prozent. Der Benzinverbrauch stieg noch einmal um 7%.

Interessant ist die Entwicklung des schweizerischen Stromverbrauchs: Im ersten Quartal lag er um 5% höher als 1980, im zweiten Quartal jedoch blieb er auf Vorjahresniveau. Das legt nahe, dass der Verbrauchszuwachs vor allem auf vermehrte Heizungen mit Strom zurückzuführen ist.



Die Sparsamkeit der Verbraucher hat die Prognosen der Oelmultis teilweise über den Haufen geworfen. Sie leiden nun unter Überkapazitäten. So können zum Beispiel die bundesdeutschen Raffinerien jährlich 150 Millionen Tonnen Oel verarbeiten. Letztes Jahr flossen aber nur knapp hundert Millionen Tonnen durch die Destillationsanlagen und dieses Jahr werden es noch einmal deutlich weniger sein. Mehrere Anlagen sollen nun verschrottet werden.

rs.

Atom- und Energieinitiative zustandegeworden

Am 10. Dezember wurden in Bern die Unterschriften für die beiden Volksinitiativen eingereicht. Die "Initiative "Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" verbietet weitere AKWs nach Leibstadt, sowie Anlagen zur Herstellung oder Wiederaufarbeitung von atomarem Brennstoff. Für Atommülllager wird das fakultative Referendum eingeführt. Die Schwesterinitiative "Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" will die Energiepolitik so umorientieren, dass wir in Zu-

technik ohne Zukunft investiert, um ihre Produktionskapazitäten auszulasten.

Bis zur Abstimmung wird es noch drei bis vier Jahre dauern. Bis dahin ist Kaiseraugst praktisch blockiert. Die Chancen, dass die Initiativen angenommen werden, stehen immer besser. Seit der äusserst knappen Ablehnung der ersten Atominitiative ist die Opposition gegen Kernkraftwerke stetig gewachsen. Das kürzlich gerade wieder eine von der "Woche" publizierte Meinungsumfrage gezeigt: Am 4. November - also nach dem Bundesratsentscheid - sprachen sich 53% gegen Kaiseraugst aus. Nur 33% waren dafür und 14% unentschieden. Bei den Parlamentariern jedoch standen 99 Befürwortern nur 79 Gegner und 41 Unentschiedene gegenüber.

Ein grosser Pluspunkt gegenüber

Ergebnisse der "Isopublic"-Umfrage zu Kaiseraugst vom 4.11.81 ("Woche")

	Total	Deutsche Schweiz	West-Schweiz	Männer	Frauen	bis 40 Jahre	über 40 Jahre
	%	%	%	%	%	%	%
dafür	33	36	24	40	27	33	33
dagegen	53	51	57	47	58	54	52
weiss nicht	14	13	19	13	15	13	15

kunft sicher ohne Atomstrom auskommen und uns aus der gefährlichen Abhängigkeit vom Oel lösen können. Sie verlangt genau diejenige Energiepolitik, für die sich die Schweizerische Energie-Stiftung seit ihrer Gründung eingesetzt hat.

Ohne Zweifel wird die bevorstehende Abstimmung über diese beiden Initiativen die schweizerische Energiepolitik von jetzt an stark beeinflussen. So schreibt auch die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie: "Selbst wenn die Initiativen von Bundesrat und Parlament nicht zuoberst auf die Traktandenliste gesetzt werden, werfen sie ihre Schatten. Besteht nicht eine gewisse Gefahr, dass man sich im Parlament fragt, wozu man eine langwierige Kaiseraugstdebatte durchführen solle, wenn diese nachher durch eine allfällige Annahme der Atominitiative-2 durch das Volk gegenstandslos werden könnte?" Auch die Industrie wird sich jetzt noch ernsthafter überlegen müssen, ob sie weiterhin auf Atomkraft setzen will. Was allerdings nicht ausschliesst, dass sie in der Hoffnung auf eine Entschädigung weiterhin in diese Monster-

der ersten Atominitiative ist auch, dass in diesem "Duopack" deutlich und klar gezeigt wird, was die Alternativen sind. Es geht nicht um Verzicht, sondern um eine Kursänderung, die die Lebensqualität erhöht.

Das Sekretariat der Initiativkomitees wurde von der Schweizerischen Energiestiftung geführt. Der Ungeheure Arbeitsanfall hat unsere Organisation in den letzten Monaten stark belastet und zeitweise fast lahmgelegt. Die SES ist jedoch überzeugt, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

rs

"Woche"-Umfrage zu Kaiseraugst bei 219 von 246 Parlamentariern Anfang November

	Ja	Eher Ja	Nein	Eher Nein	Unentschiedene
Deutsche Schweiz	75	4	46	7	33
Franz. Schweiz	8	9	19	5	5
Ital. Schweiz	1	2	2	-	3
TOTAL	84	15	67	12	41